

Hierfür setzt der DGB sich ein. Verantwortung zur Umsetzung tragen aber alle Gruppen.

Wirtschaft und Staat haben die Verantwortung für die Weiterbildung, deren Entwicklung auch unsere Zukunft bestimmt.

Die „Konzertierte Aktion Weiterbildung“ wird sich auch letztlich daran messen lassen müssen, inwieweit Staat und Wirtschaft Arbeitnehmerforderungen aufgreifen und gewerkschaftliche Interessen berücksichtigt werden. Nur wenn dies gelingt, kann die gemeinsame Aktion zum Erfolg führen.

Margitta Klähn / Susanne Sabat / Rainer Vock / Hans Weißmann / Peter Wordelmann

Zur Situation und Funktion von Maßnahmen vor der Berufsausbildung

Das Beispiel Jugend-ABM in Berlin (West)

Jugendarbeitslosigkeit und vorberufliche Maßnahmen in Berlin (West)

In Berlin (West) sind derzeit rund 15.000 Jugendliche und junge Erwachsene (nachfolgend verkürzt „Jugendliche“) unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet. Von diesen haben etwa zwei Drittel keine abgeschlossene Berufsausbildung. Zur Minderung der Jugendarbeitslosigkeit und um die Bedingungen der beruflichen und sozialen Integration dieser Jugendlichen zu verbessern, hat die Arbeitsverwaltung eine Reihe von Maßnahmenprogrammen geschaffen, die diese Jugendlichen zeitweise über Arbeitsbe-

schaffungsmaßnahmen (ABM) in Beschäftigung oder Bildungslehrgänge bringen.

Die wichtigsten Grunddaten über arbeitslos gemeldete Jugendliche und Jugendliche in Maßnahmen in Berlin (West) sind in der folgenden Tabelle für den Zeitraum von 1984 bis 1986 zusammengestellt. Es wird deutlich, daß es neben den offiziell arbeitslos gemeldeten Jugendlichen bis unter 25 Jahren eine beträchtliche Zahl in verschiedensten Maßnahmen gibt. Unberücksichtigt bleiben hier diejenigen, die sich nicht arbeitslos melden. [1]

Arbeitslos gemeldete Jugendliche und Jugendliche in Maßnahmen in Berlin (West) 1984 bis 1986

	1984 ¹⁾	1985 ¹⁾	1986 ¹⁾
(A) arbeitslos gemeldete Jugendliche unter 25 Jahren	15.502	15.056	15.558
(B) Anzahl durch volle öffentliche Finanzierung geförderte betriebliche und überbetriebliche Ausbildungsplätze	./.	10.438 ²⁾	./.
(C) Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen der Berufsberatung	1.927 ³⁾	2.362 ³⁾	1.318 ³⁾
(D) Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen der Arbeitsvermittlung/ Arbeitsberatung für junge Arbeitslose unter 25 Jahren	1.278 ³⁾	1.259	2.551 ⁴⁾
darunter: Vermittlung/Erweiterung beruflicher Kenntnisse	(1.238)	(1.197)	(2.179)
darunter: HSA	(285)	(480)	(795)
BPJ	(15)	(53)	(114)
ABM und Lernen	(40)	(62)	(342)
darunter: HSA	(0)	(0)	(100)
(E) Beschäftigte geförderte jüngere Arbeitnehmer (unter 25 Jahren) in allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)	2.379	3.049	1.823 ⁵⁾
(F) Jugendliche FuU-Teilnehmer unter 25 Jahren	823	659	711
(G) Anzahl der Schüler in Vollzeitlehrgängen für Arbeitslose im 11. Schuljahr	./.	461 ⁶⁾	412 ⁶⁾
(H) Anzahl der Schüler in BB-10-Lehrgängen	1.491 ⁶⁾	1.451 ⁶⁾	1.282 ⁶⁾

Quellen: (A) (B) (C) (D) Landesarbeitsamt Berlin
(E) Bundesanstalt für Arbeit / Landesarbeitsamt Berlin
(F) Landesarbeitsamt Berlin
(G) (H) Der Senator für Schulwesen, Berufsausbildung und Sport

1) wenn nicht anders angegeben, jeweils zum 30. September

2) September 1985 (inkl. Ausbildung im öffentlichen Dienst nach BBiG)

3) Jeweils 1.10. bis 30.9. des angegebenen Jahres

4) eingerichtet bzw. geplant

5) Jugendliche ohne Ausbildung

6) Jeweils Schuljahr

./. keine Angabe vorhanden

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Projekt 1.059/II, 1987

Seitens der Berliner Arbeitsverwaltung wurde allgemein eine Reihe von Schwierigkeiten in diesem Maßnahmebereich konstatiert:

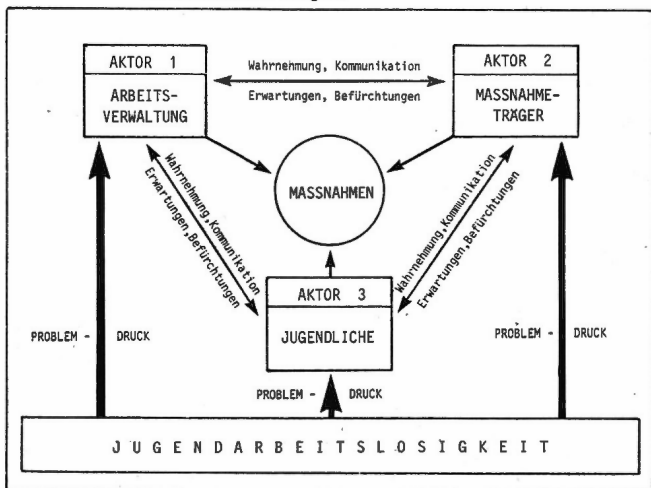
- Schwierigkeiten bei der Leistungsgewährung an Jugendliche,
- Schwierigkeiten bei der Motivierung von Jugendlichen für Maßnahmen,
- Lernmüdigkeit vieler Jugendlicher,
- Schwierigkeiten, die Teilnehmer zum regelmäßigen Besuch der Maßnahmen bis zu ihrem Abschluß anzuhalten (Abbrecherproblematik),
- Konkurrenzsituation zwischen verschiedenen Maßnahmen (z. B. zwischen AB- und Bildungsmaßnahmen),
- organisatorische Schwierigkeiten bei der Beratung und Betreuung von Jugendlichen, die aus der Vielfalt der Förderungsregelungen und aus der arbeitsteiligen Aufgabenerledigung in den Arbeitsämtern erwachsen,
- geringe persönliche Stabilität vieler Jugendlicher durch Defizite in der Sozialisation sowie ungenügende Stabilisierung durch das persönliche Umfeld - Probleme mit dem Elternhaus, Partnerschaftsprobleme u. a. m. -

Das Projekt JONAS (Jugendliche ohne Arbeit - Nutzen von Arbeitsbeschaffungsstrategien) des BIBB hat die Elemente dieser Zustandsbeschreibung aufgegriffen und sie mit Hilfe eines umfassenden Untersuchungsansatzes und verschiedenen Erhebungsmethoden und -instrumenten konkreter beschrieben, ergänzt oder auch widerlegt.

Überlegungen zur Funktion vorberuflicher Maßnahmen

Die Struktur des Untersuchungsfeldes ist gekennzeichnet durch den Übergang von Jugendlichen [2] aus der Schule bzw. aus Arbeitslosigkeit in Maßnahmen, an dem die Arbeitsämter durch Akquisition und Bewilligung von Maßnahmen sowie durch die Zuweisung von Jugendlichen und die Träger durch Bereitstellung und Durchführung der Maßnahmen mitwirken (Schaubild 1).

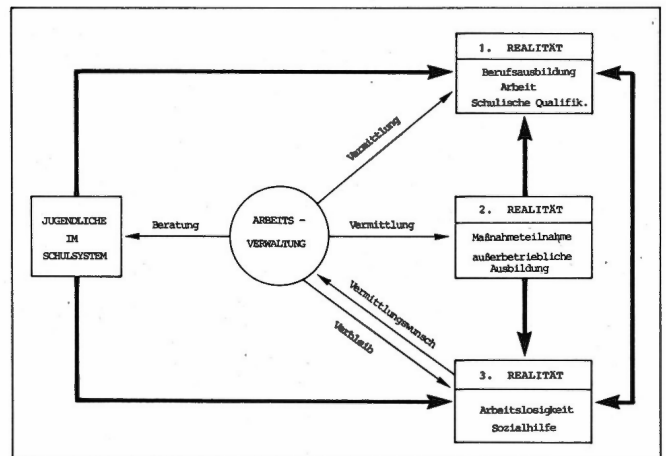
Schaubild 1: Aktorengflecht im Untersuchungsfeld der Maßnahmestrategien



In diesem vernetzten Feld liegen die eigentlichen Schwierigkeiten, die das Projekt JONAS zu untersuchen hatte. Jugendliche, Arbeitsämter, Träger und die Maßnahmen in ihrer Struktur selbst wirken auf dieses Feld ein. Es ist prinzipiell ausgesprochen konfliktträchtig, da es um Menschen geht, die im Begriff sind, eine Randexistenz zu führen, und um Organisationen, die ein Selbsterhaltungsinteresse haben und zum Teil miteinander konkurrieren. Diese Konfliktträchtigkeit ist allerdings durch eine ganze Reihe eingespielter Regelungen, z. B. zwischen Arbeitsämtern und Trägern (etwa der Bevorzugung „bewährter Träger“) sowie durch organisatorische Lösungen (Einschaltung von Regieträgern) reduziert.

Die Praxis der Konfliktminderung darf trotzdem nicht zu einem verengten Blickwinkel führen. Denn zu dem Konfliktfeld, wie es in Schaubild 1 dargestellt wurde, gibt es ein breites Umfeld. Die arbeitslosen Jugendlichen ohne Berufsausbildung sind nämlich nicht von einem einheitlichen Arbeitsmarkt umgeben; dieser spaltet sich vielmehr auf in drei unterschiedliche Sphären, die hier „Realitäten“ genannt werden. In jede dieser Realitäten ist für die Jugendlichen eine Übergangsmöglichkeit gegeben: es stellt sich ihnen prinzipiell die Möglichkeit in die erste Realität einer Berufsausbildung, einer normalen Erwerbstätigkeit mit festem Arbeitsverhältnis oder einer weiteren schulischen Ausbildung überzugehen, oder aber in der dritten Realität der Arbeitslosigkeit zu verharren. Dazwischen steht die zweite Realität einer Maßnahmeteilnahme. Nach Beendigung einer Maßnahme stehen sie dann erneut vor dieser Situation, wobei dann auch die Möglichkeit einer „Maßnahmekarriere“ im Bereich der zweiten Realität [3] „eröffnet“ wird. [4] Das gesamte System von Jugendlichen in Arbeit, Maßnahmen und Arbeitslosigkeit ist auf Durchlässigkeit und Ausgrenzung gleichermaßen angelegt (Schaubild 2).

Schaubild 2: Jugendliche im System von Arbeit, Maßnahmen und Arbeitslosigkeit



Aus den Untersuchungsergebnissen ist bekannt, daß die Jugendlichen in den Maßnahmen eine starke Motivation haben, in die erste Realität überzugehen. Realität wird aber auch sein, daß ein Großteil dieser Jugendlichen latent in der zweiten Realität verharren wird oder in Arbeitslosigkeit übergehen wird.

Die Problemstruktur im Bereich der Arbeitsverwaltung und die Wünsche und realen Perspektiven der Jugendlichen machen deutlich, daß in diesem widersprüchlichen Netz ein hoher Handlungsbedarf besteht. Diesem Handlungsbedarf ist durch vielfältige Kritik und entsprechende Verbesserungsvorschläge in der Vergangenheit immer wieder Rechnung getragen worden. Dabei wurden neben den bestehenden menschlichen und organisatorischen Restriktionen häufig die gesellschaftlichen vernachlässigt, die an der Nahtstelle zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem bestehen. Die Herstellung von Marktbedingungen auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt muß aufgrund des Konkurrenzprinzips zu „Ausscheiden“ führen. [5] Diese verbleiben im Bereich der zweiten oder dritten Realität. Das Maßnahmesystem selbst darf aber nicht attraktiver sein als die erste Realität, ist allerdings bereits so strukturiert, daß es selbst auch schon die Merkmale der ersten Realität (Leistung usw.) adaptiert hat. So entstehen auch Abgänger aus dem Maßnahmesystem der zweiten Realität in die unterste Stufe der Arbeitslosigkeit. Dieser Mechanismus ist politisch gewollt und wird auch bei veränderten Marktbedingungen am ersten Arbeitsmarkt (geburtenschwache Jahrgänge) im Kern bestehen bleiben. [6] Die eigentliche bildungs- und arbeitsmarktpolitische Aufgabe wäre es, Jugendliche entsprechend ihrer Motivation zu fördern und ihnen faktische Chancen in der ersten Realität zu eröffnen. [7]

Die oben erwähnten Maßnahmeprogramme der Arbeitsverwaltung zielen auf eine solche Förderung. Im Hinblick darauf geben die folgenden kurzgefaßten Ergebnisse [8] zu Maßnahmesituation, sozialen Hintergründen, Werthaltungen und Perspektiven eine Einschätzung aus der Sicht der befragten Jugendlichen.

Die Ergebnisse stammen aus zwei Befragungen von Berliner Jugendlichen, die sich im Frühjahr 1986 in ABM und Bildungsmaßnahmen (BiMa) befunden haben. Die Aussagen über ABM können hierbei als repräsentativ für alle Jugendlichen in solchen Maßnahmen des Regieträgers (Senator für Wirtschaft und Arbeit) gelten; die Aussagen über Jugendliche in Bildungsmaßnahmen können dies im statistischen Sinne nicht für sich beanspruchen, da für die Erhebung eine gezielte Auswahl bestimmter Maßnahmetypen getroffen wurde.

Situation von Jugendlichen in vorberuflichen Maßnahmen

In den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Berlin (West) gibt es drei große Einsatzfelder: 44 Prozent der Jugendlichen sind im Gartenbau, 27 Prozent in Krankenhäusern und 11 Prozent in Kindertagesstätten beschäftigt. Hierbei ist eine geschlechtsspezifische Verteilung der Jugendlichen zu erkennen: männliche Jugendliche werden überwiegend dem Einsatzfeld „Gartenbau“ zugeteilt, der Anteil männlicher Beschäftigter beträgt dort 83 Prozent. In Krankenhäusern und den Kindertagesstätten überwiegen dagegen die weiblichen Beschäftigten; ihr Anteil beträgt in den Krankenhäusern 70 Prozent, in den Kindertagesstätten 84 Prozent.

Entlang dieses Musters unterscheiden sich auch die Beschäftigungsverhältnisse: während im Gartenbau in der Regel Vollzeit-Arbeitsverträge geschlossen werden, erhalten die in Krankenhäusern und den Kindertagesstätten beschäftigten Jugendlichen ausschließlich Teilzeit-Arbeitsverträge über 20 Stunden pro Woche.

Das Angebot an Bildungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung für junge Arbeitslose ist sehr differenziert (vgl. auch Tabelle 1). Übergeordnetes Ziel aller Bildungsmaßnahmen ist die Steigerung oder zumindest der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Teilnehmer auf dem Arbeitsmarkt. Hierbei kommt der anschließenden Aufnahme einer Ausbildung Priorität vor einer reinen Arbeitstätigkeit zu.

Die jeweiligen Maßnahmeinhalte suchen dieses übergeordnete Ziel dadurch zu operationalisieren, daß sie bei den jugendlichen Teilnehmern eine Persönlichkeitsstabilisierung, die Weckung von Lern- und Leistungsmotivation sowie den Abbau von Defiziten im Lern- und Verhaltensbereich fördern wollen. [9] Im folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse in bezug auf diese Ziele, ihre Voraussetzungen sowie die Realität in den Maßnahmen, aus der Befragung der Jugendlichen zusammengefaßt:

Zu den sozialen Hintergründen von Jugendlichen in ABM:

Die Jugendlichen kommen häufig aus kinderreichen Familien (hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß rund ein Drittel der Jugendlichen Ausländer sind) und/oder nicht vollständigen Elternhäusern. Rund zwei Drittel der Jugendlichen haben zwei oder mehr Geschwister. 49 Prozent haben vollständige Elternhäuser (beide Elternteile zusammenlebend); bei den deutschen Jugendlichen sind es nur 37 Prozent. 64 Prozent der Jugendlichen wohnen noch in der Herkunftsfamilie. Ein Viertel wohnt in Haushalten mit mindestens fünf Personen. Knapp 30 Prozent der noch zu Hause wohnenden Jugendlichen wollen ausziehen. Die Arbeitslosigkeit der Eltern (10 % der Väter, 5 % der Mütter) ist angesichts der gegenwärtigen Situation auf dem Berliner Arbeitsmarkt relativ normal, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß in bezug auf den Vater 16 Prozent und die Mutter 5 Prozent keine Angaben machten. Nur 22 Prozent erhielten vor der Maßnahme Lohnersatzleistungen, 13 Prozent Sozialhilfe, aber 64 Prozent Unterstützung durch die Angehörigen.

Zu den qualifikatorischen Voraussetzungen:

Etwa jeweils ein Drittel der Jugendlichen in ABM und in Bildungsmaßnahmen hat keinen Schulabschluß, die Hälfte einen Hauptschulabschluß und etwa ein Sechstel den Realschulabschluß. Abitur haben 1 bis 2 Prozent. Nur 2 bis 4 Prozent verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Rund ein Drittel der Jugendlichen hat eine Ausbildung abgebrochen. Jugendliche in Bildungsmaßnahmen haben mehr Maßnahmeerfahrung (31 % haben bereits an anderen Bildungsmaßnahmen, 43 % an ABM teilgenommen) als Jugendliche in ABM (15 % in Bildungsmaßnahmen und 17 % in ABM). 36 Prozent der Jugendlichen in ABM und 46 Prozent der Jugendlichen in Bildungsmaßnahmen haben vor der Maßnahme mindestens eine Erwerbstätigkeit ausgeübt.

Zum Vermittlungsprozeß in die Maßnahme:

Nach Angaben der Jugendlichen wurden knapp einem Drittel ABM oder Bildungsmaßnahmen alternativ angeboten. Von den Jugendlichen in ABM wurden 38 Prozent nur eine, 26 Prozent mehrere ABM-Stellen angeboten. Knapp 80 Prozent der Jugendlichen wurden über die befristete Dauer ihres Arbeits- bzw. Bildungsverhältnisses unterrichtet. Jugendliche in ABM wurden häufiger über die Dauer der täglichen Arbeitszeit und die Bezahlung, Jugendliche in Bildungsmaßnahmen über die Art der Tätigkeit und anschließende Berufsaussichten informiert. Bei nur 9 Prozent der Jugendlichen ist eine umfassende Information (Arbeitszeit, Befristung, Bezahlung, Art der Tätigkeit und anschließende Berufsaussichten) „hängengeblieben“. 7 Prozent haben nach ihren Angaben darüber überhaupt nichts erfahren. Über die befristete Beschäftigung und die tägliche Arbeitszeit wurden Jugendliche (ABM) im Bereich Gartenbau am wenigsten, dafür am häufigsten über die Bezahlung informiert.

Zur Situation in der Maßnahme:

68 Prozent der Jugendlichen in ABM und 72 Prozent derjenigen in Bildungsmaßnahmen fühlen sich in der Maßnahme im Vergleich zur Zeit direkt vor der Maßnahme besser. Dabei stimmen nur bei 29 Prozent der Jugendlichen in ABM und 48 Prozent derjenigen in Bildungsmaßnahmen die beruflichen Wünsche mit der jetzigen Tätigkeit in der Maßnahme überein. Eine Erklärung dafür dürfte darin liegen, daß über 90 Prozent der Jugendlichen die Maßnahme der Arbeitslosigkeit vorziehen. Jugendliche in ABM heben auch die finanziellen Verbesserungen hervor (35 %).

Kritik wird vor allem von Jugendlichen in ABM geäußert. Es wird kaum Neues gelernt (50 %), die Arbeit ist zu eintönig (43 %). Fast 60 Prozent meinen, sie machten die gleiche Arbeit wie die Festangestellten. Jeder fünfte hat den Eindruck, daß man ihn im Grunde gar nicht braucht. **Besondere Kritik wird in den großen Maßnahmen geübt.** Im Gartenbau beklagen 64 Prozent der Jugendlichen, daß sie nicht über die gleiche Ausstattung (vor allem Räume und Arbeitskleidung) wie die Stammarbeiter verfügten. 53 Prozent dieser Jugendlichen sagen, daß ungeliebte Arbeit auf sie abgewälzt werde (im Krankenhausbereich: 48 %), und 46 Prozent meinen, daß „auf ABM herabgesehen wird“ (Krankenhaus: 29 %). Jeder vierte Jugendliche im Gartenbau hat bereits früher an einer ABM teilgenommen, davon hat etwa die Hälfte eine Maßnahme abgebrochen.

Für gut die Hälfte der Jugendlichen in ABM wird eine sozialpädagogische Betreuung angeboten. Drei Viertel der Jugendlichen nehmen daran teil, vor allem, weil es Spaß macht, sich mit Leuten zu treffen (64 %), aber auch, weil dann nicht gearbeitet werden muß (28 %). Die Nichtteilnehmer gehen vor allem deswegen nicht dorthin, „weil sie dort nichts Wichtiges lernen“ (26 %). Nur wenig geschieht in den Maßnahmen in bezug auf die Perspektive der Jugendlichen. Nur noch ein Viertel bewirbt sich um einen Ausbildungsplatz. Einen bedingungslosen Wunsch nach Weiterbeschäftigung beim Arbeitgeber/Einsatzort äußert nur knapp ein Sechstel der Jugendlichen, dagegen würden 79 Prozent der Ju-

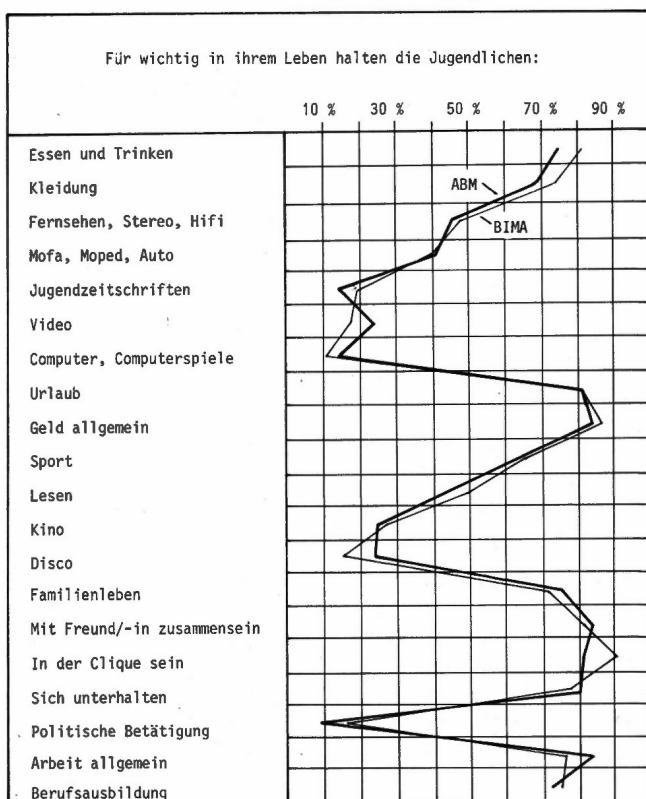
gendlichen in ABM und 58 Prozent der Jugendlichen in Bildungsmaßnahmen an einer neuen Maßnahme teilnehmen. 30 Prozent der Jugendlichen in ABM, aber 70 Prozent der Jugendlichen in Bildungsmaßnahmen meinen, daß sie in der Maßnahme Sachen lernen, die sie auch in einer Ausbildung gut gebrauchen können. So beziehen sich die **Änderungsvorschläge der Jugendlichen für das ABM-Programm** vor allem auf die Perspektive. 87 Prozent befürworten die Sicherung des Übergangs in einen Dauerarbeitsplatz oder in Ausbildung nach der Maßnahme, 84 Prozent erwarten Vorschläge, wie sie nach der Maßnahme sinnvoll weitermachen können. Drei Viertel fordern eine längere Vertragsdauer und 70 Prozent wünschen sich mehr Tätigkeiten, die man beruflich verwerten kann. Weit über die Hälfte der Jugendlichen möchte Zeugnisse über die erlernten Kenntnisse und Fähigkeiten und befürworten die Vermittlung handwerklicher Fertigkeiten, die man im täglichen Leben nutzen kann (z. B. beim Renovieren oder Autoreparieren).

Zu Motivationen und Einstellungen:

15 Prozent der Jugendlichen in Bildungsmaßnahmen und 8 Prozent der Jugendlichen in ABM können sich ein glückliches Leben ohne Arbeit vorstellen. **Die hohe Bedeutung der Erwerbsarbeit für die Jugendlichen** wird dadurch unterstrichen, daß zwei Drittel in den nächsten Jahren eine Berufsausbildung aufnehmen wollen. Einen Schulabschluß nachholen wollen 29 Prozent der Jugendlichen in ABM und 40 Prozent derjenigen in Bildungsmaßnahmen. Als Hinderungsgründe für das Nachholen eines Schulabschlusses werden Geldprobleme (31 %) genannt, ebenso für den Eintritt in eine Berufsausbildung (32 %); hier wird aber vor allem „mangelnde Gelegenheit“ (40 %) angegeben.

In den Werthaltungen nehmen Arbeit und Berufsausbildung die höchste Priorität ein, dicht gefolgt von kommunikativen Elementen (Familie, mit Freunden zusammen sein, sich unterhalten), Urlaub und Freizeit sowie Essen, Trinken und Kleidung. Das politische Interesse ist gering (Schaubild 3).

Schaubild 3: Werthaltungen von Jugendlichen in Arbeitsbeschaffungs- und Bildungsmaßnahmen



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Projekt 1.059/II, 1987

Damit haben die Jugendlichen in ABM ein Werteprofil, das sie kaum von anderen Jugendlichen (etwa in Berufsausbildung) unterscheidet. [10] Sie sind weithin geprägt durch eine hohe (Aus-) Bildungs- und Arbeitsmotivation und ihre qualifikatorischen Voraussetzungen sind nicht so schlecht, wie es von vielen Experten des Untersuchungsfeldes erwartet bzw. eingeschätzt wurde. Was die Untersuchungsgruppe möglicherweise von anderen abhebt, sind ihre sozialen Hintergründe inklusive der Wohnsituation und vermutlich im Zusammenhang damit ihr Konfliktverhalten, das zwischen relativ starker Anpassung – insbesondere dann, wenn es um die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen geht – und der Fähigkeit schwankt, aus ungewollten Situationen herauszugehen. Stellvertretend dafür mag stehen, daß bei Problemen am Arbeitsplatz 52 Prozent der Jugendlichen in ABM sich an ihren Vorgesetzten, aber auch 21 Prozent an ihren Sozialbetreuer wenden wollen. Das zeigt aber auch, daß die Jugendlichen sich – realistischerweise – nicht als besonders durchsetzungsfähig am Arbeitsplatz einschätzen.

Lösungspfad: Optimierung des Maßnahmesektors?

Die folgenden Lösungsüberlegungen beziehen sich auf Jugend-ABM als dem Schwerpunkt der Untersuchung.

Für die sofortige Abschaffung von Jugend-ABM als ein besonders problematisches Programm im Bereich des Maßnahmesektors gibt es genügend gute Gründe. Dagegen spricht allerdings, daß niemand zur Zeit eine bessere Lösung kennt, und daß die Jugendlichen selbst diese Maßnahmen als eine bessere Alternative zur Arbeitslosigkeit begreifen. Nur unter diesem Kriterium stimmen zur Zeit Problemstruktur und Programmstruktur überein.

So gesehen bleibt als Lösungsstrategie, das Untersuchungsfeld selbst zu „optimieren“, die Akteure dahingehend zu beeinflussen und die Übergangschancen der betreffenden Jugendlichen in die erste Realität zu erhöhen. Daneben muß aber immer klar sein, daß im Rahmen einer solchen Strategie ehrlicherweise eine solche Chance nur für wenige Jugendliche bestehen wird. Bei gleichbleibenden Bedingungen am Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt hat das einen Verdrängungseffekt zur Folge.

Vor dem skizzierten Hintergrund wird als Lösungspfad ein dreistufiger Ansatz favorisiert:

- In einer Art **Sofortprogramm** müssen die dringendsten Schwierigkeiten und Mängel im Bereich Jugend-ABM beseitigt werden. Das Sofortprogramm bezieht sich auf die Komplexe „Zuweisung“ und „Situation in der Maßnahme“.
- In einer **mittelfristigen Planung** sollten die bestehenden Organisationsstrukturen und Arbeitsweisen überprüft und im Sinne einer Verbesserung der Wirkung von Maßnahmen für die Jugendlichen geändert werden. Damit sind zusätzlich zum Sofortprogramm die Komplexe „Maßnahmeakquisition“ und „Perspektiven“ auch durch Änderung der Maßnahmeprogramme angesprochen.
- **Langfristüberlegungen** beziehen sich auf eine grundlegende Neuordnung der Förderung arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener mit und ohne Berufsausbildung.

Die drei Programmteile sind als Programmpaket zu verstehen. [11] Der Vorschlag, im Rahmen eines Sofortprogramms einen prinzipiell schlechten Zustand unter den Bedingungen eines professionalisierten Maßnahmesystems mit seiner Eigendynamik zu optimieren, ist nur unter paralleler Inangriffnahme der Veränderung von organisatorischen und Programmparametern zu rechtfertigen.

Die gegenwärtige Maßnahmestruktur von Jugend-ABM in Berlin (West) – setzt man selbst niedrige Maßstäbe an – entspricht weder in qualitativer noch in quantitativer Ausprägung den arbeitsmarktlichen, berufsqualifizierenden und sozialintegrativen Mindestansprüchen, wie sie für Jugendliche und junge Erwachsene gestellt werden müssen. Aus den vielfältigen Lösungsvorschlägen, die im Rahmen des Schlußberichtes des Projektes

JONAS vorgelegt werden, sei deshalb hier die Schaffung eines Maßnahmen Schwerpunktes „Arbeiten und Qualifizieren“ hervorzuheben. Priorität hätte darin der Bereich „ABM plus Berufsqualifizierung“. Selbst bei einer Realisierung der im folgenden vorgeschlagenen Maßnahmestruktur [12] wäre eine grundlegende Verbesserung der Situation der betroffenen Jugendlichen nur bei einer erheblichen Verbesserung der „externen“ Bedingungen (Arbeitsmarkt, Ausbildungsstellenmarkt) denkbar:

a) Beschäftigungsorientierte ABM

Beschäftigungsorientierte Arbeitsbeschaffungsprogramme zielen zwar vor allem auf eine kurzfristige Entlastung des Arbeitsmarktes, können aber speziell für Jugendliche im Übergang in das Erwachsenenleben nur dadurch legitimiert werden, daß sie die materielle Existenz von Jugendlichen sichern und sich auf die stark arbeitsmotivierten Jugendlichen beschränken. Es wird sich dabei um Lohnersatzarbeit handeln, wie es zur Zeit im Bereich Gartenbau realisiert ist, allerdings sollten auch diese Maßnahmen wenigstens immer mit einem Anlernprozeß verbunden sein. Die Zuweisungsdauer für diesen Maßnahmenkomplex sollte zwischen drei Monaten und maximal einem Jahr liegen.

b) Qualifikationsorientierte ABM

Qualifikationsorientierte Arbeitsbeschaffungsprogramme zielen auf bildungs- und/oder ausbildungsmotivierte Jugendliche, auch Ausbildungsabbrecher. In kombinierten Maßnahmen können entweder Schulabschlüsse (i. d. R. der Hauptschulabschluss) nachgeholt oder berufsqualifizierende Maßnahmeteile bis hin zu anerkannten Berufsausbildungsabschlüssen durchlaufen werden. [13] Die Arbeitsanteile an den Maßnahmen können zwischen 20 und 30 Wochenstunden schwanken.

Es ist eine Aufgliederung in folgende **Unterprogramme** denkbar:

- **ABM plus Lernen** (Nachholen des Hauptschulabschlusses): entspricht den bisherigen Ansätzen in diesem Bereich,
- **ABM plus Berufsqualifizierung:** Hier sollen im Qualifizierungsteil auf die konkrete Arbeit bezogene Teilfeldqualifikationen vermittelt werden, über die auch ein Zertifikat ausgestellt wird. In Zusammenarbeit zwischen Arbeitsvermittlung/-beratung und Berufsberatung kann denjenigen Jugendlichen, die sich qualifizieren, ein außerbetrieblicher Ausbildungsplatz garantiert werden.
- **ABM plus Deutsch:** Als Zusatz zu den beiden genannten Unterprogrammen sollten für ausländische Jugendliche die Lernanteile um (aus-)bildungsbezogene Deutschkurse ergänzt werden. [14] Die Projektergebnisse deuten darauf hin, daß nach Selbsteinschätzung der ausländischen Jugendlichen eine Sprachförderung vielfach notwendig ist.

c) Autonomieorientierte ABM

In bezug auf Jugendliche muß der Schwerpunkt bei den autonomieorientierten Ansätzen in der Akquisition von und Zuweisung in Maßnahmen gesehen werden, die „neuen Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen“ [15] zuzuordnen sind. Hier sind Träger angesprochen, die außerhalb üblicher Wirtschaftsbetriebe, staatlicher und kommunaler Institutionen oder professioneller Verbände der Jugendhilfe angesiedelt sind. Es kommen Jugendliche in Frage, die durch ihre Motivations- und Lebenslage für Formen gemeinsamen Wohnens, Arbeitens und Lernens, ggf. auf Stadtteilebene, ansprechbar bzw. zu interessieren sind. Von der immanenten Zielsetzung her stellt dieser Programmteil primär auf berufsqualifizierende Abschlüsse ab, die ggf. über verschiedene Maßnahme- und Finanzierungskombinationen zu erreichen wären.

Mit einem Sofortprogramm und Elementen einer mittelfristigen Planung wurden Vorschläge unterbreitet, die dazu führen sollen, die gravierendsten Mängel in der Maßnahmepaxis zu beseitigen. Diese Vorschläge wurden trotz prinzipieller Bedenken gemacht: Verbesserungen an Erscheinungsformen und Symptomen führen in der Regel dazu, daß an den strukturellen Problemen der Maßnahmestrategien nichts mehr geändert wird. Eine weitere „Feinabstimmung“ des Instrumentes wird so oftmals für eine Kurskorrektur, die eigentlich erforderlich wäre, ausgegeben. Die Alternative zu Vorschlägen unter diesem prinzipiellen Vorbehalt bestünde darin, die Programme – vor allen Dingen Jugend-ABM – ersatzlos einzustellen. Ein solcher Vorschlag hätte jedoch die einschneidende Beeinträchtigung der aktuellen Lebenssituation vieler junger Menschen zur Folge, die zu verantworten eine Anmaßung wäre. An diesem Dilemma scheitert aber häufig eine wesentliche Veränderung eines als negativ erkannten Status quo.

Langfristig bleibt deshalb die Aufgabe, die Förderung arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener mit und ohne Ausbildung grundlegend zu diskutieren und ggf. neu zu ordnen. Zu erörtern wären dann auch

- die Adäquanz verschiedener Problembeschreibungen in den Feldern Jugendarbeitslosigkeit und Maßnahmesektor für Jugendliche,
- die Selbstinduzierung von Problemen durch die Binnenstruktur des Maßnahmesektors und
- die Funktion des Maßnahmesektors als Lösungsansatz für sekundäre Problemfelder.

Von den offenen Fragen, die im Projektverlauf diskutiert, aber nicht intensiver bearbeitet werden konnten, seien die folgenden hervorgehoben:

- die Frage einer möglichen psycho-sozialen Stabilisierung in ABM [16] dürfte nach wie vor offen sein, insbesondere bei anschließendem erneutem Übergang in Arbeitslosigkeit,
- u. U., um darüber genauere Informationen zu erhalten, bedürfte es dringend einer Verlaufsuntersuchung, in der außerdem – vor allem bezogen auf Jugendliche – die Bedeutung des ersten Kontaktes mit Arbeit in befristeten Maßnahmen für den weiteren Lebensweg sowie der Nutzen oder Schaden der Teilnahme an einer solchen Maßnahme für den weiteren beruflichen Weg zu analysieren wären [17],
- Konzeptionen und Umfang sowie Wirkungen der sozialpädagogischen Betreuung in Maßnahmen bedürfen einer vertieften Analyse,
- der Zusammenhang zwischen dem beruflich qualifizierenden Maßnahmesektor und dem Berufsausbildungssystem bedarf auch aufgrund der hohen Zahlen von Ausbildungsabbrechern in den untersuchten Maßnahmen einer stärkeren Transparenz,
- grundlegend muß die Frage der Erschließung neuer Maßnahmefelder diskutiert werden, auch unter dem Aspekt, daß das ständig gefordert und selten realisiert wird. Das Projekt JONAS hat hierzu nichts Neues beigetragen, denn das mögliche Spektrum ist bekannt.

Ein Lösungspfad könnte im übrigen auch darin bestehen, die eingangs erwähnte „zweite“ und „dritte Realität“ systematisch zu beseitigen. Die Prognose der rein quantitativen Bedingungen an der sogenannten 1. Schwelle – etwa durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung – ist in dieser Hinsicht allerdings nicht ermutigend. [18] Auch die genannten gesellschaftlichen Funktionsmechanismen lassen die Durchsetzung einer solchen Strategie zumindest als fragwürdig erscheinen. Perspektivisch ist deshalb primär zu fragen, wie die Bedingungen des Maßnahmesektors, auch unter Verwendung unkonventioneller Formen des politisch-administrativen Handelns, aufgebrochen werden können und wie Veränderungen umgesetzt werden können. Diesen Fragen muß sich angewandte Sozialforschung verstärkt stellen.

Anmerkungen

- [1] Die „stille Reserve“ ist naturgemäß Gegenstand von Kontroversen. Vgl. u. a.: GAULKE, K.-P.: Beschäftigung und Ausbildung Jugendlicher in Berlin (West) und in der Bundesrepublik Deutschland. In: Vierteljahresschrift zur Wirtschaftsforschung (1980), Heft 2, sowie PETZOLD, H.-J.; SCHLEGEL, W.: Qual ohne Wahl, Frankfurt/Main, 1983.
- [2] Zur allgemeinen Einschätzung der zwischen Schule und Beruf geschalteten Programme vgl.: PETZOLD, H.-J.; SCHLEGEL, W.: Qual ohne Wahl. Jugend zwischen Schule und Beruf, Reinheim, 1984.
- [3] Zum Konzept der ersten und zweiten Realität vgl.: NEG, O.: Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Konzeptes um die Arbeitszeit, Frankfurt/M., 1984. Zu den Selektionsprozessen bei der beruflichen (Wieder-)Eingliederung von Jugendlichen vgl.: SCHÖBER-GOTTWALD, K.: Der Weg in die Arbeitslosigkeit: Berufliche und soziale Herkunft von jugendlichen Arbeitslosen. In: MittAB, 1/1977.
- [4] Vgl. auch VOCK, R.: Tätigkeitsverläufe von Maßnahmeteilnehmern. BIBB, Projekt JONAS, internes Arbeitspapier, Berlin, November 1986.
- [5] Vgl. dazu u. a.: JENCKS, C.: Chancengleichheit, Reinbek bei Hamburg, 1973; SZELL, G.: Privilegierung im Bildungssystem, München, 1972; MENNINGEN, W. (Hrsg.): Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat, Reinbek bei Hamburg, 1971; BOURDIEU, P.; PASSERON, J.-C.: Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart, 1971, GRÄBL, E. (Hrsg.): Thema: Ungleichheit, Linz, 1986.
- [6] Die geplante Ausweitung von ABM für 1987 und wohl auch darüber hinaus unterstützte diese Argumentation zumindest mittelfristig. Vgl.: Etat der Bundesanstalt für Arbeit für 1987 mit einer Steigerung der Mittel für ABM von 3 auf 3,2 Mrd. DM.
- [7] Daß es sich dabei um ein internationales Phänomen handelt, sei in diesem Rahmen nur am Rande erwähnt. Vgl. dazu neuerdings: RIST, R. C. (ed.): Finding Work. Cross National Perspectives on Employment and Training, Philadelphia, 1986.
- [8] Der ausführliche Schlußbericht ist demnächst unter dem Titel „Jugendliche ohne Arbeit – Nutzen von Arbeitsbeschaffungsstrategien“ beim Bundesinstitut für Berufsbildung zu erhalten.
- [9] Vgl.: Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit, 48/83.
- [10] Vgl.: SCHWEIKERT, K.: Einstellung zu Ausbildung, Beruf und anderen Lebensfragen. Referat für die „Hochschultage Berufliche Bildung“, Essen, 1986 (Ergebnisse aus dem BIBB-Forschungsprojekt 1.059: Jugend, Ausbildung und Beruf) sowie KLOAS, P.-W.:
- Mit der Ausbildung zufrieden . . . , aber Sorgen vor der beruflichen Zukunft. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 1987, Heft 3, S. 354 ff.
- [11] Vom Ansatz her decken sich die Lösungsüberlegungen in Teilbereichen mit dem Konzept der Förderung „institutioneller Handlungsbedingungen“ von Schmidt, G. Vgl.: SCHMIDT, G.: Handlungsspielräume der Arbeitsämter beim Einsatz aktiver Arbeitsmarktpolitik. In: Theoretische und empirische Evidenzen institutioneller Handlungsbedingungen, SCHARPF, F.W.; BROCKMANN, M. (Hrsg.): Institutionelle Bedingungen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Frankfurt/M. – New York, 1983.
- [12] Die Struktur entspricht in etwa dem Ansatz von BOLLE, M.; JOHN, G.; MÖLLER, F. In: Berufsbildung und Arbeitsbeschaffungsprogramm in den Ländern der EG, hrsg. vom CEDEFOP, Berlin, 1985, insbes. S. 71 ff.
- [13] Siehe neuerdings auch die positiven Erfahrungen in „CLAUS-CNC Lernen, Arbeit und Sprache“, Forschungsbericht des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation, Stuttgart, 1986.
- [14] Vgl. dazu auch KÖHN, G.: Einführung in die Sprachförderung von ausländischen Arbeitnehmern. Eine Handreichung für Ausbilder und Dozenten der beruflichen Bildung sowie für betriebliche Führungskräfte (Vorarbeiter, Meister). BIBB (Hrsg.): Berlin 1986 (Berichte zur beruflichen Bildung. Heft 84) sowie z. B. die Erfahrungen der BAG Westfalen. In: Lernfeld Betrieb, Heft 2, 1986, S. 24–26.
- [15] Vgl. dazu: KLOAS, P.-W.; PEUKERT, R.; SCHULZ-MESSING, R.: Neue Ausbildungsinitiativen – Erfahrungsbericht, Probleme, Perspektiven. SPI, 1986 sowie HEGNER, F.; SCHLEGELMICH, C.: Formen und Entwicklungschancen unkonventioneller Beschäftigungsinitiativen. WZB, Berlin, 1983 und MAIER, H. E.; DEUTZ, C.; SCHULZE, D.: Experimentelle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. WZB, Berlin, 1982. Vgl. auch die Informationspapiere von BBJ Consult, Berlin.
- [16] Vgl. auch Materialien Aktuell, Beilage zu MatAB 10/1984, wo darauf hingewiesen wird, daß ABM dazu beitragen könne, bei den Geförderten die psychosozialen und gesundheitlichen Belastungen durch die Arbeitslosigkeit zu verringern.
- [17] Es ist geplant, einem Teil der angeschnittenen Fragen im Rahmen einer Nachbefragung der Jugendlichen in ABM durch das BIBB-Projekt 1.059/II nachzugehen.
- [18] Vgl. dazu auch SYBEN, G.: Die entscheidenden Weichenstellungen geschehen unbemerkt. In: Übergang von der Ausbildung in das Beschäftigungssystem, Kolloquium der Hans-Böckler-Stiftung und des Bundesinstituts für Berufsbildung, hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 1987, S. 109 ff.

Gerhard Zimmer

Nutzung von Software in Büros

Vorschläge zur beruflichen Weiterbildung

Der Einsatz von Software in den kaufmännischen und technischen Büros stellt neue Anforderungen an die Qualifikationen der Fachkräfte. Diesen neuen Qualifikationsanforderungen muß die Weiterbildung Rechnung tragen. Im ersten Teil (BWP, Heft 5/1987) wurden auf der Grundlage von empirischen Erhebungen in kaufmännischen, aber auch technischen Büros in 24 Betrieben einige generelle Probleme und Schwierigkeiten der Qualifikationsentwicklung dargestellt, insbesondere die Notwendigkeit informationstechnischen Wissens und die Veränderung des Fachwissens. Im folgenden zweiten Teil werden die didaktisch-methodischen und organisatorischen Konsequenzen für die berufliche Weiterbildung diskutiert.*)

*) Die Vorschläge wurden auf der Grundlage der empirischen Erhebungen des Forschungsprojekts „Softwarenutzung am Arbeitsplatz und berufliche Weiterbildung“ an der Universität Kassel und der Arbeiten des BIBB zum Problem der Weiterbildung erarbeitet.

Zum Bedeutungsgewinn der beruflichen Weiterbildung

Die Bürotätigkeiten werden in den nächsten Jahren immer stärker durch die Nutzung von Software bestimmt werden. Von zentraler Bedeutung für die Qualifikationsentwicklung ist dabei nicht die Verwendung schlüsselfertiger, geschlossener Standardsoftwaresysteme, sondern solcher Softwaresysteme, mit denen die Fachkräfte benötigte Softwarelösungen selbständig veränderten Aufgabenstellungen flexibel anpassen und für neue Aufgaben neue Softwarelösungen entwickeln können. Diese Entwicklung betrifft nicht nur eine kleine Minderheit der Fachkräfte. Die Nutzung von Software bewirkt, weil sie den Prinzipien der Vereindeutigung, Formalisierung und Standardisierung folgt, einerseits einen Wegfall oder zumindest eine erhebliche Reduzierung von Routinearbeiten, wie z. B. Maschineschreiben, Buchhaltung, Registratur, Karteiführung; andererseits drängt sie auf eine zunehmende Integration von Aufgaben und die Bearbeitung immer weiterer Aufgaben mit dafür eigens entwickelten Softwareanwendungen.